

Protokoll der Sitzung des Attac-Rates am 12. März 2022

Teilnehmer

Achim H., Albrecht S. (vormittags), Alfred E., Anne B., Antje K., Bernd L., Carsten M., Dagmar P (nachmittags), Dani D., Franz E. (nachmittags), Gabriele S., Günter K. (vormittags), Hanni G., Harald P., Hardy K., Hendrik K., Hermann M., Hugo B., Ingeborg S., Irene H., Isolde A., Julia G., Jürgen S, Marie-Dominique V.(nachmittags), Martina J. (vormittags), Matthias J., Roland S., Stephan L., Sophia W., Thomas K., Ulrike P., Wolf R. (zeitweise), Werner H., Werner R.

Gäste:

Anne P., Christian W., Detlev vL., Franz E. (vormittags), Herma G., Jürgen W. (IMI), Karl-Martin H. (AG Fi & St), Miriam R., Uwe S. (DD), Werner L. (CE)

Moderation: Alfred, Julia

Protokoll: Judith, Hermann

Awareness: Ulrike

Sitzungsmaterialien und Anträge

Dieses Protokoll und die Sitzungsmaterialien sind zu finden über folgenden Link:

<https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/gremien/rat/sitzungen/2022/12032022>

Tagesordnung

- TOP 1: Begrüßung und gemeinsamer Start (Moderation, Protokollführung, Awareness)
Festlegung Tagesordnung
- TOP 2: Protokoll der letzten Sitzung
- TOP 3: Überfall auf die Ukraine: Die Folgen und unsere Position
- TOP 4: Konfliktmoderation/Mediation: Vorschlag Sarah N. für Workshop
- TOP 5: Frühjahrsratschlag: Vorschlag Wahlen
- TOP 6: AG Finanzmärkte & Steuern: Vorstellung Grundposition zur Steuerpolitik
- TOP 7: Bericht Gruppenunterstützung
- TOP 8: Antrag der AG Gesundheit Hamburg an den Frühjahrsratschlag 2021
verwiesen an den Rat: Weiteres Vorgehen
- TOP 9: Update:
Erneuerungsprozess / Kapitalbasierte Altersvorsorge
- TOP 10: Feedback und Verabschiedung

TOP 1: Begrüßung und gemeinsamer Start, Tagesordnung

Alfred begrüßt, die Tagesordnung ist so beschlossen, keine Änderungswünsche.

TOP 2: Protokoll der letzten Sitzung

Es gibt keine offenen Änderungswünsche, Protokoll ist damit so beschlossen und wird veröffentlicht.

TOP 3: Überfall auf die Ukraine: Die Folgen und unsere Position

In der Regel wird nur ein Ergebnisprotokoll geführt. Wegen der Bedeutung der Thematik und weil Judith dankenswerterweise bereit war, ausführlich mit zu protokollieren zu diesem Punkt ein ausführlicheres Protokoll. Entsprechend unseren Regeln sind die Diskussionsbeiträge nicht namentlich zugeordnet. Die Buchstaben dienen nur zur Unterscheidung. Stellungnahmen unseres Inputgebers sind mit J.W. gekennzeichnet.

Input von Jürgen Wagner (IMI):

Folien zum Vortrag siehe Webseite der Sitzung.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine habe überrascht und schockiert und werfe viele neue Fragen auf, die sich zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht alle beantworten lassen. Der Angriff wird in der deutschen Linken einhellig verurteilt und sei auch Anlass zur Selbstkritik; dennoch zeige er, dass sich viele früher geäußerte Befürchtungen hinsichtlich der möglichen Folgen der zurückliegenden NATO-Politik nun leider bewahrheitet hätten.

Obwohl diese die russische Aggression in keiner Weise entschuldige, sei es wichtig, die Vorgeschichte in den Krieg hinein zu kennen, um einen Kompass für einen Weg aus diesem heraus zu finden. NATO-Osterweiterung, Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen an den russischen Grenzen und NATO-Präsenz an den russischen Grenzen gehören zu dieser Vorgeschichte, die auch einen Bruch der Versprechen des Westens aus den 90er Jahren, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, bedeutet. Der erste Angriffskrieg in Europa durch den Krieg in Jugoslawien sowie die erste und zweite NATO-Osterweiterung bedeuten Höhepunkte der Geschichte, hinzu kommen weitere Kriege sowohl von russischer Seite als auch von NATO-Staaten.

Die Eskalation in der Ukraine begann 2014 und bis vor Kurzem galt das Minsker Abkommen, das von der ukrainischen Regierung allerdings nie akzeptiert und umgesetzt worden ist.

Als Anfang 2021 russische Truppen an der ukrainischen Grenze aufmarschierten, sei dies von der IMI und anderen fälschlicherweise als Abschreckungsmaßnahme Russlands interpretiert worden.

Zusätzlich in die Eskalation geführt hätten außerdem der Bruch der NATO-Russland-Akte und die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA. Durch die prompt erfolgende Aufrüstung ging Russlands wohl fest davon aus, dass es eine neue Bedrohung gäbe.

Es ist unklar, ob der Krieg ohne diese schweren Fehler der NATO verhinderbar gewesen wäre; allerdings wäre es problemlos möglich gewesen, z.B. die Neutralität der Ukraine zu verhandeln.

Letztlich habe uns nicht Appeasement in den Krieg geführt, sondern eine massive Aufrüstung. Es brauche nun die Schaffung einer neuen Ordnung, die den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Rechnung trägt.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine wurde die NATO an der Ostgrenze massiv verstärkt; auch andere Staaten wie Schweden planen neue Manöver - eine mögliche Forderung wäre die nach Aussetzung dieser Manöver, die die Eskalationsgefahr massiv erhöhten.

In der IMI gebe es kontroverse Meinungen hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland; Jürgen Wagner persönlich selbst kann mit solchen leben und würde diese aber auf solche eingrenzen wollen, die nicht massiv der russischen Zivilbevölkerung schaden. Waffenlieferungen, die eine fundamentale Abkehr von bisherigen Prinzipien deutscher Außenpolitik bedeuteten würden einhellig abgelehnt.

Es sei nicht zu erwarten, dass die NATO aktiv in den Krieg eingreife. Nachdem Russland die Ukraine wider Erwarten nicht schnell besiegen konnte, sei darüber hinaus eine massive Zunahme der Gewalt zu erwarten.

Zur besonderen Situation in Deutschland geht Jürgen Wagner schließlich auf die 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr sowie auf die Zusage der Erfüllung des 2%-Ziels in der NATO ein. Bislang liegt noch kein Gesetzesentwurf vor und es gibt noch offene Fragen (on-Top-Finanzierung vs. Verrechnung, Dauer der Bereitstellung, Art der gesetzlichen Verankerung). Zu erwarten sei eine massive Aufrüstung mit einer deutlichen Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes; außerdem würde dies eine Kürzung von Ausgaben in anderen Bereichen (Soziales, Klimaschutz) nach sich ziehen.

Aus der Diskussion:

- S. erläutert, dass Attac nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die IMI-Erklärung übernommen hat. Er kritisiert, dass wir alle den imperialistischen Anspruch Putins unterschätzt hätten. Dies wäre seiner Ansicht nach womöglich nicht passiert, wenn man sich die Entwicklung der Eskalation nicht immer wieder alleine mit der Politik der NATO-Staaten erklärt hätte und die gesamte historische Entwicklung in den Blick genommen hätte, mitsamt der imperialistischen Politik Russlands. Diese erkläre auch den Wunsch vieler Staaten in Osteuropa und darüber hinaus, in die NATO aufgenommen zu werden.
- R. bekräftigt Jürgen Wagners Anmerkung, dass eine Thematisierung der NATO-Vorgeschichte nicht den russischen Überfall auf die Ukraine relativiere. Man müsse allerdings unbedingt auch die andere Seite der Vorgeschichte (russischer Politik) thematisieren, da es ansonsten zu einer einseitigen Parteinahme und einer selektiven Interpretation des Völkerrechts käme. Auch Roland spricht sich gegen Waffenlieferungen aus, und verweist aber gleichzeitig darauf, dass es auch Defensivwaffen gäbe, die dem Schutz von Menschenleben und nicht der unendlichen Verlängerung des Leids der Zivilbevölkerungen dienten.
- J.W. merkt an, dass die zurückliegenden Kriegshandlungen Russlands reaktiv gewesen seien und erst der jetzige Angriff auf die Ukraine eine Wende hin zu einer offensiven Kriegspolitik darstelle. Tatsächlich wisse die deutsche Friedensbewegung womöglich zu wenig über russische Innenpolitik und habe daher Faktoren wie Putins nationalistische Agenda übersehen. Als Deutsche müsse es aber darum gehen, unsere eigene Politik, die der deutschen Bundesregierung zu problematisieren, da es nur hier Ansatzpunkte gäbe. Darüber hinaus müsse man die Geschichte der Fehler der NATO auch der derzeit in den Medien dominanten Erzählung entgegenstellen. Zu Waffenlieferungen merkt er an, dass diese eine friedliche Beilegung des Konflikts massiv hinauszögern könnten.
- H. erklärt die nationalistische Politik Russlands mit der in Russland teilweise geäußerten Notwendigkeit, in einem Vielvölkerstaat wie Russland eine nationale Identität zu entwickeln, nach dem die soziale Identität verloren gegangen sei - sollte Russland zerbrechen, würde sich womöglich ein großflächiges Mogadischu entwickeln. Daher warnt Hugo auch ausdrücklich vor der Bewerbung der Kampagnen für eine kompletten Zerstörung der russischen Wirtschaft.
- I. verweist, auf die Präambel der Verträge zwischen NATO und Russland, in der festgehalten wird, dass man eine gemeinsame Sicherheitsordnung in Zusammenarbeit anstrebe. Deutschland habe sich daran zu halten. Ingeborg verweist darüber hinaus auf die in der Vergangenheit von Russland wiederholt geäußerten Friedensangebote.
- T. zeigt sich über die Einseitigkeit der Darstellung mit ihrer Betonung der Schuld der NATO erschüttert. Darüber hinaus sei es ungeheuerlich, dass kein Wort über die Interessen der Ukraine verloren werde. Zur KoKreis-Erklärung erklärt Thomas K., dass er diese gerne diskutiert hätte. Er schlägt einen Aufruf zur massenhaften Desertion mit dem Angebot der Aufnahme aller Desertierenden in der EU vor.
- J.W. wiederholt, dass es notwendig sei, die Fehler der NATO zu betonen, um einen Ausweg aus dem Krieg zu finden. Auch er befürwortet einen Aufruf zur Desertion.
- G. erläutert seine persönliche Geschichte als Pazifist, die ein unbedingtes Bestehen auf Passivität auch im Angesicht der Bedrohung beinhalte - diese müsste für uns handlungsleitend sein. Darüber hinaus ruft er dazu auf, über die Tagesschau hinaus auch Informationen der anderen Seite zur Kenntnis zu nehmen. Schließlich sei es heuchlerisch, nur in der aktuellen Situation das Völkerrecht zu beschwören, während die Völkerrechtsbrüche von NATO-Staaten weitestgehend ausgeblendet werden.
- H. erläutert, dass auch er immer der Meinung war, dass die NATO kein Friedensbündnis sei; dies müsse präsent bleiben. Gleichzeitig sei es auch wichtig, die russische Verantwortung zu thematisieren. Für uns in Deutschland gehe es aber jetzt darum, Lösungen zu finden. Dabei sei es wichtig, auch die eigenen Dilemmata zu reflektieren. Er sieht aktuell keine Handlungsmöglichkeit für uns, selbst ein Aufruf zur massenhaften Desertion würde vermutlich kaum wahrgenommen werden. Wir müssen allerdings massiv unserer eigenen Bundesregierung auf die Füße zu treten, nicht nachzurüsten und an der Schaffung einer Friedensordnung mitzuarbeiten.
- M. thematisiert die Sanktionen, zu denen es eine längerfristige Positionierung von Attac brauche, da auch diese kapitalistische Interessen bedienten und es abzulehnen sei, wirtschaftlich armen Menschen in Russland wie bei uns und weltweit massiv zu schaden. Oligarchie gäbe es auch in der Ukraine, deren Rolle (Maidan, Korruption, Faschismus) aufzuarbeiten ist. Der Krieg sei nicht nur aus völkerrechtlicher Perspektive, sondern insgesamt zu verurteilen. Blick auf die ukrainischen und russischen PazifistInnen werfen
- J.W. führt aus, dass es aus ihrer Sicht in der aktuellen Situation schädlich sei, immer wieder die Schuld der NATO-Politik überzubetonen - schon allein aus Gründen der Glaubwürdigkeit, die eine

Friedensbewegung braucht. Darüber hinaus vermisst sie die Thematisierung der Selbstbestimmungsrechte der Ukrainer*innen, die ebenfalls wie wir alle das Recht hätten, sich Demokratie zu erarbeiten und demokratisch zu wählen, anstatt zum Vasallenstaat Russlands werden zu müssen. Schließlich hätten wir in Attac viele Dissense z.B. in der Klärung der Ursachen für den aktuellen Krieg. Als Attac-Gremium sei es notwendig, Punkte zu identifizieren, an denen wir gemeinsam sprechfähig sind und nicht die Dissense auszufeuchten - letzteres helfe weder den Menschen in der Ukraine noch in Deutschland noch uns als Attac.

- A. bittet ebenfalls um eine Zukunftsorientierung der Diskussion.
- J.W. erläutert nochmals, dass er kein Experte für die russische Innenpolitik sei; auch spräche prinzipiell wenig dagegen, über die Situation in der Ukraine zu sprechen - allerdings sei dies nicht unser Aktionsrahmen in Deutschland: Wir könnten nur an unsere eigene Bundesregierung appellieren zu einer friedlichen Lösung beizutragen, anstatt aufzurüsten.
- I. fehlt in der aktuellen Debatte die Thematisierung der Begründung Putins für den aktuellen Krieg - die Forderungen nach Sicherheit, Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine. Darüber hinaus wendet sie sich gegen die Hetze gegen Russ*innen.
- M. bittet um die Thematisierung des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion. Dieser hätte eine Traumatisierung der Bevölkerung der Sowjetunion bewirkt, die im kollektiven Gedächtnis geblieben sei. Daher sei es absolut abzulehnen, dass Deutschland sich an der Stationierung in Osteuropa beteilige.
- H. thematisiert, dass die deutsche Friedensbewegung mit einem Bild von Russland als friedensstiftender Kraft in der Vergangenheit massive Fehler gemacht habe. Angesichts dessen müsse man sich innerhalb unserer eigenen Reihen damit auseinandersetzen; es wäre falsch, in der aktuellen Situation immer wieder nur in einem ersten Satz die russische Aggression zu verurteilen und danach die Schuld wieder fast nur der NATO zuzuweisen.
- H. bittet darum, auch die USA in den Blick zu nehmen und zu überlegen, wie diese sich friedlich aufstellen könnten.
- H. vermisst eine Initiative zur Aufforderung an unsere Bundesregierung, auf Aufrüstung zu verzichten, friedliche Verhandlungslösungen anzustreben und gemeinsam mit allen Beteiligten an einer neuen Sicherheitsordnung zu arbeiten.
- I. erläutert, dass es wichtig sei, Russland nicht zu dämonisieren und Grundsätze der Verhandlung nach Johann Galtung wie den Verzicht auf Schuldzuweisungen zu beachten, um eine friedliche Lösung erreichen zu können.
- J.W. hält die Begründungen Putins für den Krieg in keinerlei Weise für nachvollziehbar - natürlich gäbe es Kontakte des nazistischen Asow-Regimes in die ukrainische Regierung; dies spiele aber überhaupt nicht die Rolle, die Putin behauptet. In der deutschen Linken dürfe nicht vergessen werden, dass wir es mit zwei imperialistischen Blöcken zu tun haben; er befürchtet, dass man momentan meinen könnte, dass man es nur mit einem zu tun hat. Schließlich habe sich nicht nur die Friedensbewegung verschätzt, sondern auch viele andere Akteure seien von Russlands Überfall auf die Ukraine überrascht worden.

Zum Abschluss bedanken sich die Moderation und viele Teilnehmern bei Jürgen für den Input und die gute Diskussion.

Anträge:

Die KoKreis-Erklärung stellt keinen Antrag an den Rat dar; sie steht auch nicht zur Abstimmung.

Antrag der AG Globalisierung & Krieg:

Matthias J. stellt den Antrag (siehe Webseite der Sitzung) vor.

Julia G. erläutert für die Rats-VG, dass dieser entgegen aller Regelungen deutlich zu spät vorgelegt worden sei. Dennoch solle dieser besprochen werden. Julia hat hierfür eine Übersicht zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Bündnisaufwurf, KoKreis-Erklärung und Antrag der AG Globalisierung & Krieg erstellt.

Aus der Diskussion:

- Die Antragsteller erläutern, dass es in der AG keine völlige Einigkeit zur Frage nach Sanktionen gäbe. Wichtig sei der AG an dieser Erklärung, dass sie den Rückzug der NATO aus Osteuropa fordere. Ein KoKreis-Mitglied erläutert das Zustandekommen der KoKreis-Erklärung, mit der Punkte, zu denen wir ungeachtet aller Dissense gemeinsam sprechfähig sind, festgehalten worden sind. Es wird bedauert, dass auch im Text der AG Globalisierung & Krieg das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer*innen nicht thematisiert wird. Die KoKreis-Erklärung als Kompromisspapier sei deutlich besser, da sie nicht wieder den Anschein erwecke, dass vor Allem die NATO Verantwortung trage. Der Rat könne sich der KoKreis-Erklärung anschließen.
- Es wird gebeten die Präambel der Verträge in eine Erklärung zu übertragen, um auf eine Friedenslösung hinzuwirken - schließlich müsse man dem Gegner immer die Möglichkeit geben, zu überleben. Entsprechend seien auch Sanktionen zu entschärfen.
- Es wird kritisiert, dass im Text der AG Globalisierung & Krieg eine deutliche Verurteilung der russischen Aggression fehlt. Außerdem stelle sie die Situation im Südchinesischen Meer sehr einseitig dar. Auch in weiteren Punkten sei der Text unzulänglich; der Rat könne sich wie gesagt der KoKreis-Erklärung anschließen.
- Es wird davor gewarnt, dass man als Friedensbewegung womöglich schon in wenigen Wochen wieder überrascht sei, wenn China Taiwan angreifen sollte, während man die Schuld für die dortige Konfrontation wieder allein bei den USA und deren Verbündeten suche.
- T. zeigt sich mit dem Antrag der AG Globalisierung & Krieg sehr unzufrieden; dieser behandle die russische Aggression erneut vor Allem als Randnotiz, während es im weiteren wieder vor Allem um die Verantwortung und USA und NATO gehe. Er sei auch mit der KoKreis-Erklärung unzufrieden befindet den Bündnis-Aufruf für deutlich überzeugender.

Abstimmung:

Volle Zustimmung: 9; Zustimmung mit Bedenken: 4; Enthaltung: 1; Nein: 10; Veto: 7.
Damit abgelehnt.

TOP 4: Konfliktmoderation/Mediation: Vorschlag Sarah N. für Workshop

Zu den Beratungsinhalten, Methode für ein Wochenendseminar von Sarah N. siehe Präsentation von Sarah auf der Webseite der Sitzung. Das Angebot haben die Ratsmitglieder mit Mail von Gabriele S. erhalten. Es beinhaltet ein Angebot für Präsenzveranstaltung mit 2 moderierenden Personen aufgrund der Größe des erwarteten Teilnehmer*innenkreis.

Alfred E. Finanzrahmen von Attac ist zu beachten, es werden erhebliche Mittel für eine interne Veranstaltung aufgewendet.

Verschiedene Wortmeldungen:

- Besser Awareness statt Mediation
- Wenn, dann statt Ratssitzung, keine zusätzliche Sonderveranstaltung
- Veranstaltung ist sinnvoll, würde uns helfen, Geld ist gut angelegt, finanzielle Beteiligung von Regionalgruppen wird angeboten.
- Hinweis, dass Finanzierung schon beschlossen war
- neues Angebot dient der Illustrierung der Arbeitsweise

Abstimmung:

Abstimmung: Ja: 15; Nein: 9; Enthaltung: 5
Damit angenommen.

TOP 5: Frühjahrsratschlag: Vorschlag Wahlen

Keine Gegenrede, damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6: AG Finanzmärkte & Steuern Vorstellung Grundposition zur Steuerpolitik

Input zum Thema: Karl-Martin Hentschel, AG Finanzen + Steuern

Das Konzept und der Vorschlag der AG wird präsentiert. Unterlagen dazu auf der Webseite der Sitzung.

Aus der Diskussion:

- Konkrete Summen im Vorschlag vermeiden, Situation kann sich ändern. Steuerschulden in Aktien bezahlen? Gefahr von Widersprüchen bzgl. Positionen anderer AGen.
- KMH: Konkrete Summen als Beispiele aufzufassen, fördern Interesse und Diskussion. Bezahlung in Aktien ist möglich, gehen an den Staat. Wir sind an Diskussion mit anderen AGen interessiert.
- Schweiz als Modell fraglich.
- KMH: Schweiz Vorbild beim Rentensystem, Kommunen haben dort große finanzielle Verfügungsmöglichkeiten. Schweiz ist kein Vorbild beim Steuersystem - dafür Schweden und Australien.
- Kirchenvermögen? Ungleichverteilung anschaulicher darstellen.
- Internationale Dimension:, Wie Verhältnisse weltweit ändern?
- KMH: Kirchenvermögen Sonderthema, siehe Vorschlag. Nur 0,5 % der Bevölkerung wird bei unserem Konzept stärker belastet. International wirkt die Gesamtkonzernsteuer, ergänzt mit einem Mindeststeuersatz. Unsere Forderung: Verschiebung der Zuständigkeit von der OECD auf UN-Ebene, Konzept: <https://www.attac.de/startseite/teaser-detailansicht/news/neue-un-steuerkonvention>
- Umverteilung zu Gunsten soz.-ökol. Transformation?
- KMH: Konzept macht punktuelle Vorschläge dazu, Erhöhung Staatsanteil zur Finanzierung, Gesamtfinanzierung von Klimaschutzbewegung zu diskutieren, <https://handbuch-klimaschutz.de/>
- Steuerkonzept mehr mit soz.-ökol. Transformation verbinden.
- Kindergrundsicherung zu gering
- KMH. Unser Steuerpapier ist kein SÖT-Papier; Kindergrundsicherung schauen wir uns nochmal an, Austausch über die Höhe sinnvoll.
- Internationale Steuern zur Finanzierung internationaler Aufgaben notwendig.
- KMH: das Konzept sieht Verteilung auf unterschiedliche Ebenen vor.
- Angebot der AG: Über ein Doodle wird Termin für Interessierte zu weiterem Austausch erfragt.

TOP 7: Bericht Gruppenunterstützung

Input von Stephan Kettner, (Bundesbüro)

Foliensatz kommt über die Mailingliste des Rates.

Aus der Diskussion:

- Link zur Typo 3 Schulung mitteilen,
- Es wird nach einer Veranstaltung mit Stephan bzgl. Zusammenarbeit von Regionalgruppen (Bonn & Rhein-Sieg) gefragt.
- Beispiel Vernetzung Tübingen & Reutlingen war positiv.
- Stephan: Ich komme gerne in die Gruppen zu Unterstützung von Vernetzungen und für Reaktivierung. Bei junges Attac derzeit ca. 30 Personen bundesweit aktiv.+ Leute die nur regional arbeiten.
- Junge Leute arbeiten gerne mit jungen Leuten zusammen. Handlungsmöglichkeiten zeigen, vorbereitet sein.

TOP 8: Antrag der AG Gesundheit Hamburg an den Frühjahrsratschlag 2021 verwiesen an den Rat: Weiteres Vorgehen

Antrag siehe Webseite der Sitzung.

Diskussionspunkte:

- Wie ist der Stand des Antrags?
- M-D: Antrag muss noch überarbeitet werden für FRS, bitte bei mir melden.
7. April: Appell zur Beteiligung an europaweiten Aktivitäten zu Gesundheit, Vernetzung zum Thema Gesundheit im Rat aufbauen.
- Hinweis dass AG ‚Soziale Sicherheitsysteme‘ vernetzt ist mit Medico und anderen, Parallelstruktur nicht sinnvoll.
- Unklar, was der Antrag eigentlich will.
- Hinweis, dass Kokreis mit AG Gesundheit HH wegen Bündnisfragen und Abgrenzung zu Querdenkern im Kontakt.
- M-D: Widerspruch zu der vorherigen Wortmeldung, Kokreis liegt falsch, Diskussion mit Kokreis am 22.3. sollte Klärung bringen.
Zu Unklar: Die ersten 3 Zeilen des Antrags machen klar was wir wollen.
Es ist keine Parallelstruktur gewollt, sondern alte Vernetzung soll wieder aktiviert werden.

TOP 9: Update Aktivitäten

- Erneuerungsprozess, am 26.2. hat das erste inhaltlich Treffen stattgefunden, Thesen wurden verteilt. Nächstes Treffen am 19.3., siehe Einladungsmail. Beim Ratschlag ist das Thema zentraler Punkt.
<https://diskussion.attac.de/t/globalisierungskritik-fortschreiben-und-fuer-attac-wirksam-machen/530/8>
- Kapitalbasierte Altersvorsorge: Interessierte können sich bei Julia oder Jakob (BB) melden.
- Neu bei Attac: Neue Mitglieder angeschrieben und Mitwirkungsmöglichkeiten vorgestellt, Aktivität wird fortgesetzt.
- ECT und CETA: Hanni, ECT-Postkartenaktion über Webshop, Entscheidung über Verfassungsklage für Dienstag angekündigt, CETA damit vermutlich wieder aktuell, Aktivitäten erforderlich.
- Kokreis-Webinare zu Krieg- und Frieden,
Erste Veranstaltung Fr., 18.3. 19:00 Uhr Kriegsursachen und Lösungsmöglichkeiten
zweite Veranstaltung Fr. 25.3.: Generationengespräch zum Krieg in der Ukraine mit Judith und Hugo jeweils 19.00 Uhr.

TOP 10: Feedback und Verabschiedung

Die Moderation bedankt sich bei allen Inputgebern für die guten Präsentationen und weist auf die kommenden Termine hin, insbesondere auf den Ratschlag vom 8. bis 10. April.